



Gen-ethischer Informationsdienst

(Un)erwünschte Menschen

Einführung

AutorIn

[GID-Redaktion](#)

„Zukunft leben: Die demografische Chance“, lautet das Motto der offiziellen Ausstellung zum Wissenschaftsjahr 2013. Die Ansage: Wir haben zwar ein demografisches Problem, aber mit den richtigen Maßnahmen blicken wir sorgenfrei in die Zukunft. In der Ausstellung geht es um so allerlei - um rebellische Alte, unerfüllte Kinderwünsche und multikulturelles Zusammenleben, um Bildungspolitik und Makroökonomie. Demografie gilt ganz selbstverständlich als Passepartout für so gut wie alle politischen Fragen. Vorbei sind die Zeiten, in denen es bis weit in die politische Mitte der Republik Berührungängste zu einer deutschen Bevölkerungspolitik gab. Was geschieht, wenn die Zahl der Menschen zur Variable des Politischen wird? Nach welchen Kriterien wird die Biomasse Mensch in erwünschte und unerwünschte Gruppen unterteilt? Und wer ist überhaupt das „Wir“, das hier spricht? Der Philosoph Giorgio Agamben hat darauf hingewiesen: Wenn der moderne Staat befugt wird, das Leben an sich zu verwalten, unterscheidet er zwischen dem politischen „Wir“ der Staatsbürger und der Masse der Menschen als Lebewesen. Die demokratische Idee des *Subjekts* Bevölkerung als nicht hinterfragbare Voraussetzung des Politischen ist mit dem Zugriff auf das *Objekt* Bevölkerung erschüttert - und der Vernichtungsgedanke angelegt. Wer zum „Wir“ der Staatsbürger und wer zur Biomasse gehört, dies ist allerdings eine Frage historisch spezifischer Machtverhältnisse, ebenso wie die Maßnahmen, die daraus folgen (und das interessiert Agamben übrigens weniger). Das demografische Denken dient heute als diskursives Instrumentarium, um aus veränderbaren gesellschaftlichen Strukturen scheinbar unveränderbare Sachzwänge zu machen, und zwar auf verschiedene Weise: Demografie blendet Fragen sozialer Gerechtigkeit und Fragen der Ressourcenverteilung aus. Oder sie heftet veränderbare soziale Problemlagen den betroffenen Bevölkerungsgruppen als statistische Eigenschaft sozusagen fest an ihre Körper. Eine frühe Kritik hat dies - weiterhin gültig - auf den Punkt gebracht: Es geht um den Kampf gegen die Armen statt gegen die Armut.

Deutsches Humankapital

Dass aktuelle demografische Prognosen extrem unsicher sind und in ihnen zudem Daten manipulativ zusammengestellt werden, zeigt **Ulrike Baureithel**. Im Anschluss passiert **Susanne Schultz** Revue, welche Institutionen für den Siegeszug der Demografie in Deutschland seit knapp 20 Jahren relevant sind. Und **Jörg Nowak** macht anhand der nun „bevölkerungsorientierten“ deutschen Familienpolitik deutlich, dass sie auf einer starken Klassendifferenzierung beruht: Nur manche Kinder sind dem Staat teuer - und nur für manche Frauen ist eine existenzsichernde Vollzeitbeschäftigung eingeplant. Dass vieles, was frauenfreundlich daherkommt, heute vor allem bevölkerungsökonomisch gedacht ist, zeigt **Uta Wagenmann** überdies anhand

der umstrittenen Finanzierung der In-vitro-Fertilisation.

Strategien gegen die Unerwünschten

Auch in der Schweiz werden in einem Volksbegehren Bevölkerungszahlen zum Problem erklärt, so **Annemarie Sancar**. Hier liegt der Fokus auf den Unerwünschten: Einwanderungskontrollen und eine Aufstockung des Familienplanungsetats in der Entwicklungshilfe dienen dem Motto: „Stopp der Überbevölkerung“. Dass ein Zuviel an Menschen diagnostiziert wird, wenn es um den Globalen Süden geht, ist nichts Neues. Neu ist aber die Unverfrorenheit, mit der derzeit wieder zu alten technischen Mitteln gegriffen wird: Bill Gates unterstützt die weltweite Verbreitung des Hormon-Implantats Jadelle von Bayer, so **Daniel Bendix** und **Susanne Schultz**. Allen Nebenwirkungen zum Trotz soll den Nutzerinnen damit vor allem „Gutes“ getan werden. Wie **Daniel Bendix** zeigt, war die „Fürsorge für die Eingeborenen“ schon das Motto deutscher kolonialer Bevölkerungspolitik.

Begründungsstrategien

Es bedarf immer wieder neuer Argumente, um gerade diejenigen Gruppen, die weltweit am wenigsten Ressourcen verbrauchen, in ihrer puren Existenz zum ökologischen Problem für den Planeten zu erklären, während es bei „uns“ allenfalls um einen etwas maßvolleren Lebensstil geht. **Betsy Hartmann** und **Elizabeth Barajas-Román** zeigen, wie bevölkerungspolitische Lobbygruppen jüngst Frauen im Globalen Süden eine „Klimaschuld“ anlasten, wenn sie Kinder bekommen. Last but not least lädt **Diana Hummel** zu einem theoretisch geschulten Blick auf die bis hier diskutierten Trends ein: Sie kritisiert die Umformulierung gesellschaftlicher in Bevölkerungsprobleme und nennt dies „Demografisierung“. Und sie unterscheidet davon die Nutzung von konkreten und lokalen Bevölkerungsdaten für die Bedarfsplanung.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:

GID Ausgabe 217 vom April 2013

Seite 6